

# Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG .....	10
1 „INNERE SICHERHEIT“ UND ÜBERWACHUNG BIS 1998 .....	27
1.1 „Innere Sicherheit“ und Notstandsgesetze .....	27
1.2 „Innere Sicherheit“ und Bekämpfung des Terrorismus in den 1970'er-Jahren .....	29
1.3 Auswirkungen der Technisierung im präventiven Sicherheitsstaat .....	31
2 BEDEUTUNG DER „PRIVATSPHÄRE“ .....	33
2.1 Begriff und Bedeutung der „Privatsphäre“ .....	33
2.2 „Privatsphäre“ und Freiheitsrechte des Grundgesetzes .....	34
2.3 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	37
2.4 Die Funktion des Privaten und ihr Bezug zur Öffentlichkeit.....	41
3 FREIHEIT UND IHRE (GRUND-)RECHTLICHE GEWÄHRLEISTUNG .....	54
3.1 Subjektiver und objektiver Grundrechtsgehalt .....	58
3.2 Historische Grundrechtsfunktion .....	61
3.3. Staatsabwehrfunktion und die „Trennung von Staat und Gesellschaft“ .....	63
3.4 „Objektivrechtliches“ Grundrechtsverständnis .....	70
4 G-10, „GROßER LAUSCHANGRIFF“ UND „ONLINE-DURCHSUCHUNG“ .....	73
4.1 Überwachung der Wohnung .....	77
4.1.1 Rechtsstand vor Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung in das Strafprozessrecht .....	77
4.1.2 Der Weg zur akustischen Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Strafverfolgung bis zur Bundestagsdebatte am 9.10.1997 .....	78
4.1.3 Bundestagsdebatten am 9.10.1997 und am 16.1.1998 .....	83
4.1.3.1 Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“ als Ziel.....	83
4.1.3.2 Akustische Wohnraumüberwachung als Erweiterung bereits bestehender „Rechtspraxis“ und verfassungsrechtlicher Befugnisse .....	87

4.1.4 Verhältnismäßigkeit der Einführung des „Großen Lauschangriffs“ unter Einbeziehung des Zwecks der Maßnahme .....	93
4.1.4.1 Kritik in der Bundestagsdebatte.....	98
4.1.4.2 Kriminalitätsbekämpfung und Freiheitsverbürgung .....	100
4.1.4.3 Abwehr staatlicher Eingriffe als historisch überholte Grundrechtsfunktion? .....	105
4.1.4.4 Resuméé Bundestagsdebatte .....	107
4.1.5 Kritik der Sachverständigen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages .....	108
4.1.6 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3.3.2004 .....	115
4.1.7 Kritik und Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts .....	118
4.1.8 Fazit .....	126
4.2 Überwachung des Fernmeldeverkehrs.....	130
4.2.1 Einführung des G-10 1968 .....	130
4.2.2 Entwicklung des G-10 seit 1968.....	131
4.2.3 Anwendung des G-10 in der Praxis.....	141
4.2.4 Überwachung durch Erhebung von Verkehrsdaten.....	142
4.2.5 Fazit: Überwachungsdichte unter Einbeziehung Mobilfunkverkehr.....	145
4.3 Überwachung der Computernutzung.....	149
4.3.1 Begriffe, Gesetzeslage und Entwicklung .....	149
4.3.2 Technische Umsetzung der Online-Durchsuchung.....	150
4.3.3 Ermittlungstechnische Vorteile der Online-Durchsuchung .....	153
4.3.4 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27.2.2008.....	157
4.3.5 Kritik des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Online-Durchsuchung .....	169
4.3.6 Umsetzung des Urteils im BKA-Gesetz .....	171
4.3.6.1 Entwicklung des BKA-G .....	172
4.3.6.2 Inhalt der Erweiterung .....	173
4.3.6.3 Kritik BKA-G .....	175
4.3.7 Fazit: Online-Durchsuchung .....	179
4.4 Vom G-10 zur Online-Durchsuchung.....	181

4.5 Überwachungsdichte und weitere Anwendungen von Überwachung .....	184
<b>5 THEORIEN ZUR AUSWIRKUNG VON ÜBERWACHUNG.....</b>	<b>188</b>
5.1 Rechtsprechung und juristische Literatur.....	188
5.2 Erkenntnisse der Psychologie .....	190
5.3 Die panoptische Überwachung bei <i>Foucault</i> .....	192
5.4 Heimlichkeit der Informationserhebung und Gefühl der Auslieferung .....	197
5.5 Einschüchterung .....	200
5.6 Kontroll- und Missbrauchsgefahr .....	203
<b>6 RECHTFERTIGUNG DER EINGRiffe DURCH DIE POLITISCHEN AKTEURE.....</b>	<b>205</b>
6.1 Begründung des G-10 .....	205
6.1.1 „Abhörgesetz“ und Notstandsverfassung .....	205
6.1.2 Ablösung alliierter Vorbehaltungsrechte als Rechtfertigungsgrund .....	208
6.1.3 Weitere Begründungen für die Einführung des G-10 .....	210
6.1.3.1 Gesetzesbegründung .....	210
6.1.3.2 Bundestagsdebatten .....	213
6.1.4 Ausschluss des Rechtswegs und parlamentarische Kontrollkommission .....	216
6.1.5 Kritik .....	221
6.1.6 Fazit .....	222
6.2 Gesetzesbegründung der Online-Durchsuchung im BKA-Gesetz .....	224
6.2.1 Hintergrund der Änderung und Polizeigesetze der Länder .....	224
6.2.2 Begründung zum Zweck des Gesetzes .....	224
6.2.3 Eilfallregelung und Befristung.....	228
6.2.4 Bundestagsdebatte BKA - Gesetz .....	234
6.2.4.1 Erforderlichkeit der dem BKA erteilten Befugnisse .....	235
6.2.4.2 Rechtsstaatlichkeit der dem BKA erteilten Befugnisse ...	236
6.2.4.3 Verhältnis von Sicherheit und Freiheit BKA-Gesetz – Ein Fazit .....	238

7	SICHERHEIT ALS STAATZWECK .....	243
7.1	Staatliche Schutzfunktion als absolute Herrschaft: Hobbes ..	243
7.2	Veränderungen des Sicherheitsbegriffes.....	249
7.2.1	Von der „guten Policey“ zur präventiven Polizeiarbeit.....	249
7.2.2	Von Gefahrenabwehr zu Gefahrenprävention .....	254
8	SICHERHEIT VOR FREIHEIT: LEGITIMITÄT DES PRÄVENTIONSSSTAATS?.....	260
8.1	Sicherheitsdiskussion seit dem 11.9.2001 .....	260
8.2	Ausnahmezustand im Rechtsstaat? .....	265
8.3	Feindstrafrecht .....	278
8.4	Waffen und Argumente: Michael Ignatieff.....	282
8.5	Fazit: Terrorismus und Notstand .....	285
9	SICHERHEITSSTAAT UND SICHERHEITSGESELLSCHAFT .....	289
9.1	„Innere Sicherheit“ als Thema der politikwissenschaftlichen Literatur.....	290
9.2	„Der Staat“ – institutioneller „Apparat“ oder „System“? .....	294
9.3	Transformation der Staatsgewalt .....	299
9.3.1	Materialistische Staatstheorie.....	300
9.3.2	„Autoritärer Etatismus“ bei Poulantzas.....	303
9.3.3	„Sicherheitsstaat“ Bundesrepublik? .....	311
9.4	Die Technik des Regierens .....	316
9.4.1	„Disziplinargesellschaft“ und „Gouvernementalität“ .....	317
9.4.2	Gouvernementalität bei Foucault: Begriffe .....	319
9.4.3	Historische Ableitung des Begriffs der „Regierung“ .....	320
9.4.4	Gouvernementale „Sicherheitstechniken“ im Liberalismus.....	321
9.4.5	Sicherheitsdispositive und Gewalt .....	324
9.4.6	Die neoliberale Regierungsweise in der „Gouvernementalität“.....	329
9.4.7	Ergebnis.....	332
9.5	Überwachung als Bestandteil sozialer Kontrolle .....	332
9.5.1	Begriff des „Neoliberalismus“ .....	334
9.5.2	Soziale Kontrolle durch Verinnerlichung von Techniken der „Selbststeuerung“ .....	336

9.5.3 Rechtsstaatliche Untersuchungsansätze und Theorie sozialer Kontrolle.....	339
9.5.4 Verhaltenssteuerung durch Gesetz und durch soziale Kontrolle .....	341
9.5.5 Strafrecht und präventive Kriminalpolitik statt Sozialstaat?.....	344
9.5.6 Der „Repressionsdiskurs“ und die Abwehr von Risiken .....	351
9.5.7 Das „Leitbild Unternehmer“.....	362
9.5.8 Bedeutungswandel von „Freiheit“ und „Sicherheit“?.....	368
9.5.9 Fazit: „Ökonomische Freiheit“ und staatliche Überwachung .....	371
<b>10 DIE „NOTWENDIGE“ SELBSPREISGABE VON FREIHEIT?....</b>	<b>374</b>
10.1 „Spannungsverhältnis“ zwischen Freiheit und Sicherheit? .....	375
10.2 Der 11.9.2001 – Wendepunkt im Umgang mit „Sicherheit“? .....	381
10.3 Freiheitsbeschränkung durch nicht erforderliche Sicherheitsgesetze?.....	389
10.3.1 Symbolische Gesetzgebung und Sicherheitsrecht .....	390
10.3.2 Wirksamkeit der „Bekämpfungsgesetze“?.....	393
10.3.2.1 Evaluierung der „Terrorismusbekämpfungsgesetze“.....	393
10.3.2.2 Sonstige Evaluierungen.....	402
10.3.3 Fazit .....	404
<b>11 DER TENDENZIELLE FALL DER FREIHEIT .....</b>	<b>406</b>
<b>12 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>421</b>
<b>NACHWORT.....</b>	<b>434</b>